

ZdJ

ZEITUNG
DER
JUNGSOZIALISTEN
GEORGSMARIENHÜTTE



Nr. 4 - März 1978 Für Mitglieder kostenlos / Übrige -,50 DM
Verantwortlich: Martin Buse / Benno Haunhorst / Joachim Korte /
Rainer Korte / Michael Schürmeyer / Reinhold Thiede / Uwe
Witschel / Anschrift: Küferstraße 1, 4504 Georgsmarienhütte

Inhaltsverzeichnis

... aus der JUSO - AG	Seite	2
Termine / Personen ...	Seite	4
JUSO - AG nimmt Gestalt an	Seite	5
georgsmarienhütte im gespräch	Seite	8
Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum!	Seite	9
Die JUNGE UNION auf Honeckers Spuren	Seite	11
RUSSELL - TRIBUNAL in der Bundesrepublik	Seite	13
Willy Brandt und das RUSSELL - Tribunal	Seite	19
Neues vom Rechtsstaat	Seite	20
JUBILÄUM! 100 Jahre SPD - Verbot	Seite	21
Das Mao-Männchen im Hinterkopf	Seite	22
dokumentiert: Der RCDS im Kampf für eine saubere freiheitlich-demokratische Ordnung	Seite	24

..aus der JUSO - AG

Zu Anfang dieses Jahres haben wir die Einrichtung verschiedener Referate in der Juso- AG G. M. Hütte beschlossen. Ziel dieser Einrichtung ist es, zu verschiedenen Themenbereichen informierte Genossen zu haben, die der AG im Bedarfsfall schnell und ohne besondere Vorbereitung einen genügenden Einblick geben. Bisher war es so, daß sich bei Aktionen die ganze AG unter großem Zeitaufwand auf ein Thema vorbereiten mußte. Dieses soll also in Zukunft entfallen. Jeweils 2 oder 3 Genossen sind für ein Referat zuständig.

Die genaue Einteilung ist wie folgt:

1. Referat für Arbeitnehmerfragen:

Herrmann Raufhake, Rosenplatz 1

Günter Poggemann, Graf- Ludolf- Str. 19

Dieses Referat soll Kontakt zu den Gewerkschaften aufnehmen und die Zusammenarbeit mit der AfA verstärken. Außerdem sollen Themen wie Mitbestimmung, Arbeitslosigkeit, usw. bearbeitet werden.

2. Allgemein Kommunalpolitik:

Rainer Korte, Küferstr. 1

Benno Haunhorst, Siedlung Dörenberg 29

Da in Sachen Kommunalpolitik bei den Jusos große Lücken vorhanden sind, sollen hier Informationen aus der Kommunalpolitik einem weiteren Kreis zugänglich gemacht werden. Außerdem ist die Erstellung eines kommunalpolitischen Programmes vorgesehen.

3. Kommunalpolitik: Jugend und Kultur:

Johannes Börger, Graf- Ludolf- Str. 13

Hans- Georg Weisleder, Jugendzentrum

Auf kommunaler Ebene ist von Seiten der Jusos Jugend- und Kulturpolitik stark vernachlässigt worden. Dieses Referat soll die Jusos in die Lage versetzen, hierzu klare Aussagen zu machen.

4. Parteibildung und Wirtschaft:

Thomas Peping, Im Sutarb 2

Michael Schürmeyer, Mühlenbreite 12

Ziel dieses Referates ist es, Seminare zum Thema Wirtschaft auf Juso- und evtl. auf SPD- Ebene vorzubereiten. Hierzu müßte

Kontakt mit der Friederich- Ebert- Stiftung aufgenommen werden.

5. Frieden und Abrüstung:

Joachim Korte, Feuerstätte 15

Reinhold Thiede, Am Sundern 7

Hier sollen Informationen zum Thema Frieden und Abrüstung gesammelt werden. Kontakte zu Kriegsdienstgegnern sollen aufgenommen werden. Dadurch soll ermöglicht werden, in diesem Bereich öffentlichkeitswirksam tätig zu werden.

6. Abbau der Grundrechte:

Mathias Kruse, Auf dem Thie 2

Claudia Löbe, Feuerstätte 15

Martin Buse, Feuerstätte 7

Uwe Witschel, Fliederstr. 9

Durch sammeln von Informationen soll die Möglichkeit geschaffen werden, Alt- Genossen und die Öffentlichkeit auf Grundrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. Gemeinsam mit den Alt- Genossen sollen dann Aktionen gegen Grundrechtsverletzungen gemacht werden.

7. Atomenergie:

Günter Poggemann, Graf- Ludolf- Str. 19

Das Thema Atomenergie ist so umfassend, daß es kaum möglich ist, sich hierüber neben der anderen Juso- Arbeit ausreichend zu informieren. Gleichzeitig ist es jedoch ständig so aktuell, daß schnelles reagieren notwendig ist.

Informationsmaterial über bzw. gegen Atomenergie

ist zum Preis von insgesamt 7,- DM (inkl. Porto) bei uns zu beziehen. U.a. enthält das Material eine Literaturliste, das Manuskript der Radiosendung 'Kommt Zeit, kommt Unrat', die Schriftenreihe des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz und die Schriftenreihe des Bundes für Umweltschutz. Gegen Voreinsendung von Briefmarken oder eines Schecks erhältlich bei Jusos G.M.Hütte, Küferstraße 1, 4504 G.M.Hütte

Termine

Veranstaltung zum Russell-Tribunal	Freitag, 3.3.78	20.00 Uhr Jugendzentrum
Radtour für sichere Fahrradwege	Freitag, 10.3.78	15.00 Uhr Beginn Holzhausen-Ampel
Informationsstand zur Kommunalpolitik	Freitag, 10.3.78	14.00 Uhr Beginn Marktplatz Oesede
Diskussion mit Vertretern der "Grünen Liste"	Freitag, 17.3.78	20.00 Uhr, Boßmeyer, Klo.Oes.
Unterbezirkskonferenz der Jungsozialisten	Samstag, 18.3.78	14.30 Uhr Wallenhorst
Vollversammlung der Juso-AG Georgsmarienhütte	Donnerstag, 23.3.78	19.30 Uhr Jugendzentrum

Personen ...

- ... Benno Haunhorst ist im Stadtbezirk Oesede in den Parteivorstand gewählt worden.
- ... Juso-Vertreter im Vorstand vom Stadtbezirk Oesede ist ab sofort Martin Buse.
- ... Johannes Börger und Rainer Korte sind neben anderen als Delegierte der Stadtbezirke für den SPD-Unterbezirksparteitag gewählt worden (Diese Wahlen bedürfen allerdings noch der Bestätigung durch die Ortsvereinsversammlung).
- ... Michael Schürmeyer ist immer noch Mitglied im Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten.
- ... Johannes Börger ist Juso-Vertreter im Stadtjugendring von Georgsmarienhütte.
- ... Vertreter der Jungsozialisten in der SPD-Fraktion ist immer noch Klaus Hengelbrook.
- ... Juso-Vertreter im Ortsvereinsvorstand der SPD ist Rainer Korte.
- ... weitere mehr oder weniger aktive Jusos sind: Claudia Löbe, Matthias Kruse, Joachim Korte, Uwe Witschel, Herrmann Raufhake, Thomas Peping, Günther Poggemann, Reinhold Thiede, Norbert Vinke

JUSO-AG

nimmt Gestalt an

Dieses knappe Jahr mit einem neugewählten Vorstand diene wohl in erster Linie dem Zusammenraufen in der Juso-AG. Von einer durchgehenden, systematischen und zielgerichteten Arbeit konnte nur in Einzelfällen gesprochen werden.

Immerhin haben wir jetzt einen Stamm von etwa zehn Aktiven. Leider sind diese zu einem Großteil Studenten, so daß die Arbeit stark auf das Wochenende konzentriert wird - die Woche über tut sich nicht viel.

Positiv anzumerken ist auch, daß wir es geschafft haben, vier Nummern der "ZdJ" erscheinen zu lassen. Traurig für uns, daß Reaktionen der Leser ausbleiben - nicht einmal seitens der SPD, die wir wahrlich nicht geschont haben, kamen Antworten.

Im folgenden werden nun die Aktivitäten der Jusos in zeitlicher Reihenfolge vorgestellt.

Jan. 77: Zwei erste Versammlungen, um eine arbeitsfähige Gruppe zustande zu bekommen. Dies gestaltet sich sehr schwierig. So wollen wir uns zuerst in kommunale Haushaltsfragen einarbeiten, was nicht gelang, so daß erst eine Zeit Leerlauf bestand.

März/April: Wir erarbeiten eine Dia-Serie und Anträge für die SPD-Hauptversammlung zur Straßenplanung in Georgsmarienhütte. Außerdem führen wir mit etwa zehn Personen ein Ortsumgehung in Gmhütte durch. Daneben veranstalten wir einen Informationsabend zur Straßenplanung. Die Anträge werden umfassend auf der Hauptversammlung diskutiert. In dieser Zeit machen wir auch einen Informationsstand gegen Atomenergie bei der Falken-Bezirkskonferenz im Jugendzentrum.

Ein gemeinsamer Informationsabend mit dem Sozialistischen Büro zu diesem Thema wird nicht zustande gebracht.

1. Mai 77: Eine Kundgebung zum 1. Mai kommt in Gmhütte nicht zustande. Daraufhin beteiligen sich einige Jusos an der Kundgebung in Osnabrück.

6. Mai 77: Neuwahl des Juso-Ortsvereinsvorstandes (Börger, Haunhorst, Korte, R., Raufhake, Schürmeyer) .

Mai/Aug 77: Hinter den Auseinandersetzungen um Klaus-Uwe Benneter tritt die übrige Arbeit zurück. Wir versenden eine Resolotion, die die Aussagen Benneters wiederholt und unterstützt; erreichen eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz der Jusos, diskutieren mit dem örtlichen Parteivorstand sowie mit zahlreichen Genossen auf einer SPD-Hauptversammlung in Gmhütte (Zwischendurch setzen wir uns noch mit Hans Kaiser und den Genossen und Genossinnen in Oesede um das neue Polizeigesetz auseinander.)

Juli-Dez 77: Wir beschäftigen uns intensiv mit kommunalen Wirtschafts- und Finanzfragen.

Dabei wurden u. a.:

- zwei halbtägige Seminare veranstaltet;
- ein Informationsabend mit zwei SPD-Genossen zur Finanzpolitik durchgeführt;
- ein Gespräch mit Afa-Vertretern geführt (diesen Kontakt haben wir leider einschlafen lassen);
- ein Besuch des Klöckner-Werkes gemacht;
- verschiedene Papiere für unsere Arbeit erstellt (Kopien noch erhältlich).

Dieser Schwerpunkt der Arbeit ist uns aber wieder aus den Händen geglitten. Wir haben uns mit kommunaler Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht mehr beschäftigt!

Im November veranstalten die Jusos einen Diskussionsabend zum Thema Berufsverbot im SPD-Stadtbezirk Oesede.

Feb/März 78:- Eine Rademonstration und ein Informationsstand auf dem Marktplatz in Oesede werden wegen Schnee in den März verlegt.

- Mitarbeit beim Russell-Tribunal in Gmhütte.
- im März Diskussion mit Vertretern der Grünen Liste.

Um eine erfolgreiche Juso-AG zu werden, müssen wir die Jusos nur noch stärker aktivieren und hoffen, daß unsere regelmäßigen Versammlungen immer vollständig besucht werden. Das heißt konkret:

- Die einzelnen Referenten werden voll aktiv und liefern regelmäßig Arbeitsvorschläge ab,
- Freitags wird ausschließlich inhaltliche Arbeit diskutiert; organisatorische Fragen werden im Vorstand abgeklärt,
- es wird weiter regelmäßig Protokoll geführt.

Am Donnerstag, den 23. März um 19.30 Uhr findet im Jugendzentrum in Georgsmarienhütte die nächste Juso-Vollversammlung statt. Unter anderem wird dort ein neuer Vorstand gewählt.



georsmarienhütte

im gespräch

- Bebauungsplan "Am Pavillon" (vgl. ZdJ Nr. 3) trotz heftiger Gegenwehr einiger SPD-Genossen zur Aufstellung beschlossen (d.h. er ist noch nicht rechtskräftig). Inzwischen hat schon einer der Klöckner-Direktoren auf ein Grundstück verzichtet, an seine Stelle trat ein anderer - kein Wunder bei der Lage!
Achtet auf die Aufstellung in der NOZ.
Erhebt massenhaft Einspruch!
- Bebauungsplan auf der "Nathe-Nord" verabschiedet (rechtskräftig!), obgleich die Verkehrsprobleme dort unten absolut ungelöst sind!
Die Stadt plant ohne Konzept - für wen?
Was wird auf der Graf-Staufenberg-Str. passieren (Wohngebiet, Michaelisschule)?
Die L 95 wird einmal Autobahnzubringer - wieviele Fußgänger zwischen Aldi und Dittmann werden das büßen?
- Die Bebauung von Menkhausfeld/Teckelhaben in Oesede steht praktisch fest. Wann wird der Wald weiter im Süden zerstört?
- Die SPD-Fraktion (mit geringer Beteiligung) traf sich mit der SPD-Fraktion aus Bad Iburg, um über die geplante Verlegung der B 51 zu sprechen (vgl. ZdJ Nr. 2 und 3). Die Iburger sind fast ausschließlich bedenkenlos für die Verlegung und für die Trasse durch Musenberg und Frieden (eine Talbrücke kann eine Landschaft auch verschönern" war ein 'Argument' in der Besprechung). In der SPD-G.M.Hütte herrschen extreme Meinungsverschiedenheiten. Die Jusos zogen einen Antrag gegen die Verlegung zur Jahreshauptversammlung zurück; dafür findet im Stadtbezirk Oesede die Monatsversammlung im März eigens zu diesem Thema statt.
- Ein Bezuschussungsantrag des Friedenskottens e.V. - eine Vereinigung junger, kritischer (!) Christen - wird entge-

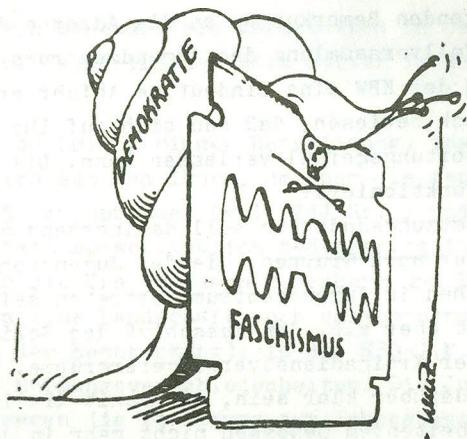
gen einem Fraktionsbeschuß mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Dem Ausschluß der Öffentlichkeit zu diesem Punkt wird auch von den SPD-Vertretern zugestimmt!! ("Mehr Demokratie wagen"?) Im Zusammenhang mit den Aktivitäten gegen das Selbstverwaltete Jugendzentrum ist diese Entscheidung ebenfalls als Maßnahme gegen unbequeme Leute/Jugendliche zu sehen. (Das hindert Stadtrat und den Großteil der SPD-Fraktion nicht daran, den 'anerkannten' (katholischen) Bildungseinrichtungen Zuschüsse zu gewähren).

Für ein selbstverwalte- tes Jugendzentrum !!

Gegenwärtig wird in Rat und Verwaltung über eine Satzungsänderung des Jugendzentrums diskutiert, die auf eine Aufhebung der Selbstverwaltung abzielt. Die Juso-AG richtet dazu die folgenden Bemerkungen an die Adresse der SPD-Fraktion:

1. Die Vollversammlung des Jugendzentrums und der Hausrat haben dem KBW eine eindeutige Abfuhr erteilt. Sie haben dadurch bewiesen, daß man sich auf ihr politisches Verantwortungsgefühl verlassen kann. Die Selbstverwaltung hat funktioniert!
2. Die Satzungsänderung soll dahingehend geändert werden, daß nur noch Gruppen, die dem Jugendwohlfahrtsgesetz entsprechen im Jugendzentrum vertreten sein dürfen. Das bedeutet aber z.B. den Ausschluß des Sozialistischen Büros und der Kreisdienstverweigerergruppe. Die SPD muß sich aber darüber klar sein, daß damit die in diesen Gruppen mitarbeitenden Genossen nicht mehr in das Jugendzentrum hinein dürfen! (Irgendwann wird es dann einmal die Jusos treffen! Man sollte der CDU-Mehrheit ein solches Mittel nicht in die Hand geben!) Die SPD trifft sich dadurch selbst! Fragt Euch mal, wem das wohl nützt?!

3. Die SPD-Fraktion sollte gegen eine Satzungsänderung stimmen, um sich eindeutig von der CDU abzusetzen. Diese Abgrenzung sollte in der Jugendpolitik beginnen. Die Jugendlichen werden es der SPD danken; es sind immerhin Landtagswahlen in diesem Jahr! Die CDU hat guten Grund, ihr nicht genehme Gruppen durch eine Satzungsänderung aus dem Jugendzentrum hinauszuerwerfen; denn dann könnte es ihrer JU vielleicht endlich gelingen, hier Fuß zu fassen. Genoossen wollt ihr zum Steigbüchelhalter der CDU/JU werden?
4. Ein Veto-Recht der Stadt gegenüber dem Jugendzentrum, wie es der SPD-Ortsvereinsvorstand fordert, ist aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen: dann gibt es keine Selbstverwaltung mehr, diese ist nur noch Fassade.
5. Die Jusos waren maßgeblich an der Schaffung des selbstverwalteten Jugendzentrums beteiligt; sie werden es deshalb nicht zulassen, daß es auf diesem Wege wieder zerfallen wird.



Die JUNGE UNION auf Honeckers Spuren

Zuerst mal eine Frage: Was fällt einem sportinteressierten Bundesbürger zum Stichwort DDR ein? Nun, jede Menge olympische Medaillen, Talentförderung vom Babyalter an, Schwimmerinnen mit Tarzan-Figur und Bass-Stimme. Und dann natürlich noch die totale Vermischung von Sport und Politik. Wer erinnert sich nicht noch an die Aufregung, die jedesmal entstand, wenn die DDR eine Sportveranstaltung aus politischen Gründen boykottierte. Sollte eine Weltmeisterschaft in West-Berlin stattfinden: die DDR sagte ab. Befanden sich in einer BRD-Mannschaft Mitglieder aus Berlin: die DDR trat nicht an. Erst kürzlich gab es große Probleme um den DDR - Flüchtling Thüne, der für die BRD bei der Kunstturn-WM starten soll. Der Sport als Mittel der Politik, das ist offensichtlich eine Spezialität der DDR.

Was das alles mit der Jungen Union zu tun hat? Nun, da fand am 7. Januar in der Turnhalle an der Michaelisschule ein Fußballturnier statt, veranstaltet vom Hausrat des Jugendzentrums. Eingeladen waren alle Jugendgruppen und Jugendhobymannschaften aus Georgsmarienhütte. Die Falken waren dabei, die Junge Union, wir Jusos und, neben vielen anderen, auch eine Mannschaft des KJB, der Jugendorganisation des KBW's..Als die JU nun ausgerechnet gegen diesen KJB spielen sollte, kam es zum Fast-Eklat. Michael Voigt, rühriger Vorsitzender der Jungen Union Georgsmarienhütte, legte schriftlich Protest gegen die Teilnahme des KJB ein. Er bezog sich dabei auf einen Beschluß des Verwaltungsausschusses, der dem KBW jegliche Aktivität im Jugendzentrum untersagt. Nur um die "Durchführung des laufenden Turniers, im Interesse der anderen Mannschaften" nicht zu gefährden, so schrieb Herr Voigt, sei die JU nicht aus Protest ausgeschieden.

So ist das also. Wenn Kommunisten an einem Fußballturnier teilnehmen, spielt die JU nicht mehr mit (höchstens unter Protest). Man fragt sich manchmal, was Kommunisten nach Meinung der JU überhaupt noch dürfen! Lehrer werden dürfen sie natürlich nicht, Lokführer auch nicht, aber daß sie nicht einmal mehr Fußball spielen dürfen, das ist ja wirklich mal was Neues.

Man könnte Michael Voigt und seinen Mannen von der JU ja mal auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hinweisen: "Niemand darf wegen seiner (...) religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt (...) werden." (Art.3.3) Aber das Grundgesetz ist in dieser "demokratischen Jugendorganisation" wohl nicht sehr bekannt, wie der Protestbrief des Herr Voigt zeigt.

Daswegen wollen wir hier nur auf die praktische, nicht auf die rechtliche Seite der Angelegenheit eingehen. Man überlege sich doch einmal, was passieren würde, sollte sich die Haltung der JU im großen Sport durchsetzen: Die bundesdeutschen Handballer hätten an der Weltmeisterschaft nicht teilnehmen dürfen, denn an dem Turnier nahmen ja auch kommunistische Mannschaften teil (DDR, UdSSR)! Auch an der Ski-WM in Garmisch hätten bundesdeutsche Sportler nicht teilnehmen dürfen, es nahmen ja Bulgaren, Jugoslawen und Polen teil, alles Kommunisten! Und zur Fußball-WM nach Argentinien dürfte die Fußball-Nationalmannschaft auch nicht, da nehmen ja auch Kommunisten teil (Polen)!

Aber den Boykott aller dieser Veranstaltungen hat die JU ja überhaupt nicht gewollt. Sie hat nur, voreilig und kritiklos, einen Verwaltungsausschuß-Beschluß, der im übrigen rechtlich unhaltbar war, für ihre Kommunisten-Hetze auszunutzen versucht. Nachdem der VA seinen eigenen Beschluß zurückgenommen hat (nicht zuletzt auf Drängen des CDU-Bürgermeisters Siepelmeyer), steht die JU nun ziemlich blamiert da.

Im Fußball nennt man so etwas wohl ein lupenreines Eigentor.

RUSSELL- TRIBUNAL in der Bundesrepublik

Im Laufe dieses Jahres wird in der BRD ein Tribunal durchgeführt, das den Abbau der Menschenrechte in der BRD untersucht (wir berichteten in unserer Nummer 1 darüber). Gegen die Durchführung eines solchen Tribunals wehren sich die politischen Führungskräfte unseres Staates mit allen Mitteln. So auch der Bundesminister des Innern, Prof. Dr. jur. Maihofer, bei der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU im Bundestag am 21.11.1977 in Bezug auf das Russell-Tribunal. Gestützt auf den Verfassungsschutzbericht von 1977 und auf nachfolgende Recherchen des Verfassungsschutzes sieht der Innenminister im Russell-Tribunal nichts anderes als eine "offenkundig angestrebte Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland". Er hält im Namen der Bundesregierung "die Veranstaltung eines solchen Scheinverfahrens gegen unser Land ausgerechnet durch Kräfte, die seine Grundordnung ablehnen, für eine Verhöhnung unseres freiheitlichen Rechtsstaates und des politischen Willens der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung, wie er in den Wahlen immer wieder zum Ausdruck kommt".

Hier wird der Versuch unternommen, dem Tribunal von vornherein den Boden zu entziehen und alle diejenigen, die sich am Russell-Tribunal beteiligen wollen, abzuschrecken. Dies geschieht mit haltlosen Unterstellungen, die für den einzelnen nicht nachprüfbar sind. Der Minister scheut nicht davor zurück, die Ziele des Tribunals, nämlich die Verteidigung der Menschenrechte, in die Verletzung und Bekämpfung der Menschenrechte umzuinterpretieren. Er denunziert das Russell-Tribunal als Instrument der Gewalt und tut so, als befände sich das Tribunal im Sog antidemokratischer Kräfte. Diese in keiner Weise der Wahrheit entsprechen.

enden Auskünfte an den Bundestag zeigen das gebrochene Verhältnis zur Wahrheit und das Versäumnis der notwendigen Sorgfaltspflicht des Herrn Ministers.

Man erinnere sich nur an den Fall Traube, wo der gleiche Minister ähnliche Praktiken an den Tag legte, indem er einen unbescholtenen Bürger fortlaufend beobachten ließ und schließlich mit Hilfe eines Lauschangriffes, weil angeblich Gefahr im Verzuge war, den Zusammenbruch seiner sicherheitspolitischen Verdachtsmomente erleben mußte.

Nachfolgend ist ein Maßnahmenkatalog des Referats "Öffentliche Sicherheit 2" des Bundesinnenministeriums (Verschlußsache- Nur für den Dienstgebrauch) abgedruckt, der aufzeigt, in welcher Art und Weise hierzulande polizeiliche Denkformen und Überlegungen politische Auseinandersetzungen beherrschen. Gerade dieses mit dem freiheitlichen Rechtsstaat nicht zu vereinbarende Denken und Handeln bestätigt die Notwendigkeit des Russell-Tribunals. Es zeigt sich, was von der in der BRD vielgepriesenen Meinungsfreiheit zu halten ist.

Daran ändert auch nichts, daß jetzt, nachdem das Papier an die Öffentlichkeit geraten ist, dieses als unverbindliche Denkarbeit einer untergeordneten Stelle heruntergespielt wird.

(das interne Gutachten stammt vom 20. September 1977; wir drucken den ungekürzten Text aus der "Frankfurter Rundschau" vom 28. Januar 1978 nach):

VS — Nur für den Dienstgebrauch

Referat ÖS 2

ÖS 2 — 614 300 — R/21 VS-NfD

Betr.: „Russell-Tribunal“ gegen „Repression in der Bundesrepublik Deutschland“

Vermerk:

1. Lage

Die „Bertrand Russell Peace Foundation Ltd“ hat bisher zwei „Russell-Tribunale“ durchgeführt, die beide weltweite Beachtung fanden: das erste 1966/67 in Stockholm (Präsident: Jean Paul Sartre) gegen den Vietnamkrieg; das zweite 1973/75 in Brüssel und Rom (Präsident: Prof. Leilo Basso) gegen Repression in Lateinamerika, insbesondere in Chile.

Ein drittes „Russell-Tribunal“ soll nun über die „Repression in der BRD“ urteilen. Das Vorhaben ist als Versuch von Gruppen der „Neuen Linken“ (vgl. Verfassungsschutzbericht 1976 S. 54/56 und 95 ff) zu werten, mit Hilfe der Russell-Stiftung eine internationale Kampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland zu initiieren und dabei die orthodoxen Kommunisten auszuschalten.

Die Vorbereitungen zum dritten „Russell-Tribunal“ begannen bereits Mitte 1976. Auf dem „Antirepressionskongreß“ des „Sozialistischen Büros“ (SB) — 5. bis 7. Juni 1976 in Frankfurt/M. — wurde von der französischen „Partie Socialiste Unifié“ (PSU) dem SB und dem „Kommunistischen Bund“ (KB) der Vorschlag unterbreitet, beim Aufbau eines „Internationalen Komitees gegen Berufsverbote“ mitzuwirken.

Im Oktober und November 1976 fanden dann zwei internationale Treffen in Paris mit Vertretern der Russell-Stiftung statt, auf denen von deutscher Seite das SB, der KB, die trotzkistische „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) und Mitarbeiter des „Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ (ID) teilnahmen. Sie beschlossen, ein „Tribunal gegen die Repression in der BRD“ durchzuführen und einigten sich auf folgendes taktisches Vorgehen:

a) In den westeuropäischen Ländern wird eine öffentliche Diskussion entfacht, bei der die Russell-Stiftung in zahlreichen Resolutionen gebeten werden soll, ein „Tribunal gegen Repression in der BRD“ durchzuführen;

b) daraufhin erfolgt ein Aufruf der Russell-Stiftung, ein „Tribunal“ abzuhalten;

c) in möglichst vielen Ländern werden nationale Unterstützungskomitees gegründet.

Am 1. Februar 1977 rief die Russell-Stiftung auf, ein „Tribunal gegen Repression in der BRD“ vorzubereiten. In dem Aufruf wird um weltweite Unterstützung des „Russell-Tribunals“ gebeten und gefordert, „Nationale Unterstützungskomitees“ zu bilden, die die finanziellen Mittel für das Tribunal aufbringen und dokumentarisches Material über Repression sammeln sollen. Bereits zuvor, am 8. Januar 1977, hatte sich in der Bundesrepublik Deutschland ein „Initiativ Ausschuß zur Unterstützung eines Russell-Tribunals“ konstituiert.

Konferenzen zur Vorbereitung des Tribunals fanden bereits u. a. statt: am 26./27. März in Frankfurt, am 7./8. Mai in Hamburg (5000 Besucher) und am 13. Juni in Berlin (1000 Besucher).

In dem Initiativ Ausschuß und den Unterstützungskomitees kam es zwischen den Gruppen der „Neuen Linken“ immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten über die taktische Marschroute:

Dem SB kam es auf eine breite Unterstützung des Tribunals durch „Radikaldemokratische Kräfte“ aus Gewerkschaften, Kirche, Kultur und auch demokratischen Parteien an. Die GIM forderte, neben Gruppen der „Neuen Linken“ auch „demokratische“ Kräfte, aber auch die DKP für das Tribunal zu gewinnen; im übrigen verlangte sie, das Tribunal auf die „Berufsverbote“ zu beschränken.

KB und ID verlangten demgegenüber ein von Gruppen der „Neuen Linken“ beherrschtes Tribunal; der KB forderte außerdem, das Tribunal müsse die seiner Ansicht nach zunehmende faschistische Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland behandeln.

Wegen dieser ständigen Streitereien, die die Vorbereitungen für das Tribunal behinderten, hat die Russell-Stiftung im Mai 1977 ein „provisorisches Sekretariat“ ernannt, dem angehören: Sebastian COBLER, Darmstadt, Jurist (SB); Ernst BÖTTCHER, Gießen, Studentenfarrer (ESG); Kai DIECKMANN, Berlin, Aktionskomitee Berufsverbote;

Ellen DIEDERICH, Gießen, Studentin (ESG), und Detlef HARITZ, Berlin, Humanistische Union.

Außerdem hat die Stiftung die Themen festgelegt, die den Gegenstand der „Anklage“ bilden sollen, u. a.:

— „Berufsverbote“ und deren Ausweitung über den öffentlichen Dienst hinaus;

— Einschränkung der Rechte der Verteidiger und Strafgefangenen;

— „Abhör- und Lauschkaktionen“;

— Neue Polizeigesetze;

— strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerungen;

— Verfolgung der uneingeschränkten Abtreibung.

Die Russell-Stiftung fordert auf, auf einem Treffen das endgültige Sekretariat zu benennen und den Ort des Tribunals festzulegen. In das Sekretariat sollen nur Persönlichkeiten entsandt werden, die etwa 6 bis 8 Monate hauptamtlich arbeiten können, die zu behandelnde Materie beherrschen und von allen mitarbeitenden Gruppen anerkannt werden. Eine der Hauptaufgaben des Sekretariats ist nach dem Willen der Russell-Stiftung die Sichtung des belastenden Materials und dessen Aufbereitung für das Tribunal. Nach Aufarbeitung der ersten belastenden Dokumente will die Russell-Stiftung ein internationales Richterergremium für das Tribunal berufen, dem möglichst bekannte Persönlichkeiten angehören sollen.

Es ist zu erwarten, daß das Russell-Tribunal unter starker internationaler Beteiligung ablaufen und größere internationale Beachtung finden wird. So haben sich bereits in Schweden, England, Holland, Belgien, Österreich, Frankreich, Italien und in der Schweiz Unterstützungskomitees gebildet, die hauptsächlich von Gruppierungen der „Neuen Linken“ getragen werden.

Derzeit bekannter Stand der Vorbereitungen zum „3. Russell-Tribunal“

Seit Anfang Juli ruft das „Vorläufige Sekretariat“ zu Unterschriftensammlungen und Spenden für das Tribunal auf. Bei geschätzten Kosten von 200 000 Mark waren bis Mitte Juli erst etwa 12 000 Mark eingegangen.

Das Sekretariat und die an der Vorbereitung beteiligten Organisationen, insbesondere das „Sozialistische Büro“

(SB), fordern weiterhin auf, Material zu sammeln, Fälle zusammenzutragen, Zeugen und Gutachter zu benennen, alles in systematischer und umfassender Weise zusammenzustellen und an das Sekretariat zu senden (Informationsrundbrief des SB Nr. 36 v. 22. 7. 1977).

Im gleichen Informationsrundbrief teilt das SB mit, daß im Spätsommer die „Russell Peace Foundation“ die Mitglieder der Jury ernennen wird, die sich aller Voraussicht nach im Oktober konstituiert. Als deutsche Mitglieder der 20köpfigen Jury schlägt das SB u. a. Prof. ABENDROTH, Heinrich ALBERTZ, Heinrich BÖLL, Heinz BRANDT, Prof. Helmut GOLLWITZER, Prof. Walter JENS, Prof. Oskar NEGTE, Prof. Helmut RIDDER, Prof. Jürgen SEIFERT, Prof. Dorothea SÖLLE und Prof. Uwe WESEL vor.

Nach „was tun“ vom 28. Juli soll die „Internationale Jury“ am 15./16. Oktober in der Nähe von Frankfurt/M. erstmals nicht öffentlich zusammentreten. Die erste öffentliche Sitzungsperiode des Tribunals wird voraussichtlich nicht vor Januar 1978 stattfinden.

Als „Anschauungsmaterial“ ist ein Anfang September in Bonn verteilter Aufruf des vorläufigen Sekretariats zur Vorbereitung des Tribunals beigefügt.

Auf die darin, S. 3, von einer Bonner Unterstützungsinitiative gemachten Ausführungen, wonach der Rechtsanwalt N. „von der Polizei überfallen“ wurde und die Tatsache, daß in dem Pkw dieses Mitarbeiters von RA Croissant anlässlich seiner vorläufigen Festnahme am 20. 8. 80 Exemplare der (ebenfalls beigefügten) Zeitung MOB gefunden wurden, wird zur Erhellung offensichtlich bestehender Zusammenhänge besonders hingewiesen.

2. Bewertung

Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verfangen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinn-

ten aber schlecht und lückenhaft informierten. Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential erhält, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt.

Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

3. Mögliche Gegenmaßnahmen

Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit hin im einzelnen zu prüfen.

3.1 Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden „Freispruch“ zu erzielen. Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeit und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderierender oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit durch Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.

3.2 Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.

Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses

— der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und

— die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen.

Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu unangemessener Publizität verhelfen darf. In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

3.3 Verbote

— nach dem Versammlungsgesetz

Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen. Erwogen werden könnte ein Verbot nach Paragraph 5 Ziffer 4 VersammlG, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht kommen z. B. Straftatbestände nach §§ 89, 90a, 111, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigten, die staatlichen Organe der Bundesrepublik „belastenden“ Zeu- genaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweissicherung und aus Wirksamkeitsüberlegungen eine polizeiliche Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach Paragraph 13 Abs. 1 Ziffer 4 VersammlG dem Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist.

— nach dem Vereinsgesetz

Da sowohl das Vorbereitungssekretariat als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von Paragraph 2 VereinsG sind, kommen Vereinsverbote gem. Paragraph 3 VereinsG in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafge-

setzen zuwiderlaufen oder daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Derartige Verbote könnten wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und einzuziehen, nachhaltige Wirkungen haben. Die o. g. für eine Verbotsverfügung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein.

— nach dem Ausländergesetz (§§ 6, 10 i. V. m. Paragraph 18 AuslG und ggf. Paragraph 12 Aufenth.Gesetz/EWG)

In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gem. Paragraph 6 AuslG untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einreise verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik aus anderen als in Paragraph 10 Abs. 1 Ziffern 1 bis 10 genannten Gründen beeinträchtigen würde.

3.4 Förderungszug

Sollte festgestellt werden, daß von der öffentlichen Hand finanziell geförderte Gruppen das Tribunal unterstützen, sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Diffamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u. U. durch BMJFG (Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, die Red.) und BMBW (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, die Red.) erfolgen.

3.5 Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG

Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z. B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art. 5), der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.

Dieses Verfahren erscheint jedoch insbesondere angesichts der in ihrer Dauer begrenzten Aktion des Tribunals zu aufwendig und unangemessen. Auch dürfte es im Hinblick auf die hohen vom Verfassungsgericht gestellten Anforderungen (den beiden bisher gestellten Anträgen wurde nicht entsprochen!) schwerfallen, die für Erfolg versprechende Anträge notwendigen Sachverhalte nachzuweisen.

3.6 Aufklärung und Information der Öffentlichkeit

Durch intensive Aufklärung und Information muß die Öffentlichkeit im In- und Ausland über

- Hintergründe und die wahren Ziele der das Tribunal tragenden Gruppen,
- die das Tribunal in Wirklichkeit betreibenden Kräfte,
- eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z. B. Gewerkschaften, Richter, Anwaltsvereine und
- die wirklichen Umstände der von dem Tribunal vertretenen dargestellten Sachverhalte (z. B. Behandlung von Häftlingen, Eignungsprüfung für den öffentlichen Dienst) und die Gründe für ihre rechtsstaatliche demokratische legitimierte Regelung unterrichtet werden.

Diese Aufklärungs- und Informationskampagne könnte getragen und koordiniert werden von BPA, den Referaten für Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Ressorts, insbesondere von BMJ, AA und BMI, den Akademien für politische Bildung, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, den von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus sowie der von BPA, BMJ und BMI gebildeten interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt.

Willy Brandt und das RUSSELL-Tribunal

Partei Vorstand und Parteirat haben am 13.10.1977 alle SPD-Mitglieder aufgefordert, sich nicht an dem Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik zu beteiligen. Dazu Willy Brandt:

"Ich lasse es mir nicht gefallen, daß die Bundesrepublik Deutschland in eine Propaganda-Kampagne hineingezogen wird und daß dabei der Name des verehrungswürdigen Bertrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland mißbraucht wird. Ich werde den Initiatoren in London sagen: Sie sind aus diesem Anlaß in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin nicht willkommen."

Lady Edith Russell, die Witwe des englischen Philosophen, nahm zu diesen Angriffen in einem Brief an den Parteivorsitzenden Stellung:

"Das Russell-Tribunal, das zur Zeit vorbereitet wird, soll Beweise und Materialien über mögliche Menschenrechtsverletzungen wie Berufsverbote und ähnliche Maßnahmen untersuchen. Da bekannte Personen in der BRD, die allerdings mit meinem Mann nie zu tun hatten, behauptet haben, daß Bertrand Russell selbst, wäre er noch am Leben, diese geplante Untersuchung vielleicht nicht gutgeheißen hätte, möchte ich folgendes feststellen: Während seiner letzten Jahre hat er sich bis zur Grenze seiner Kräfte für die Verteidigung der Menschenrechte im Osten, Westen und in den neutralen Ländern eingesetzt. Seine scharfe Kritik an dem McCarthyismus in den USA ist hinreichend bekannt... Die Frage, ob in der BRD heute ähnliche Praktiken wie in dem damaligen Amerika festzustellen sind, ist Untersuchungsgegenstand des Tribunals. Daß Bertrand Russell eine solche Untersuchung gewünscht hätte, so fair und gründlich wie möglich, wird von niemandem angezweifelt, der ihn kannte."

Neues vom Rechtsstaat:

Hexenprozeß

Er ist evangelischer Christ, gehört keiner Partei, aber der „Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK) an und ist kein Verfassungsfeind. Letzteres bestätigten jedenfalls Ansbacher Richter dem 29 Jahre alten Lehramtskandidaten Heinrich Häberlein. Dennoch darf Häberlein, nach dem Spruch dieser Richter, nicht in den öffentlichen Dienst übernommen werden.

Die Begründung dieses „skandalösen Fehlurteils“ knüpft nach Ansicht der SPD-Bundestagsabgeordneten Schöfberger, Lambinus und Manfred Schmidt „rechtsgeschichtlich unmittelbar an den letzten deutschen Hexenprozeß des Jahres 1812“ an. Die Ansbacher Richter bescheinigten Häberlein, er gehöre „nicht zu den Verfassungsfeinden“. Eine Ablehnung sei aber schon dann möglich, wenn ein Beamter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichgültig gegenüberstehe. Häberlein stehe als Landesvorsitzender der DFG-VK immer unter dem Zwang einer geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Und da nicht auszuschließen sei, daß er kommunistische Ziele nicht erkenne, sei er womöglich auch nicht in der Lage, bei Gefahr aktiv für die Demokratie einzutreten.

Also: Man ist kein Verfassungsfeind, man gehört keiner Partei an, man setzt sich mit dem Kommunismus geistig auseinander und darf trotzdem nicht in den öffentlichen Dienst. Was darf man eigentlich noch?

Aufgespießt

„Die Kommission vertritt die Ansicht, daß durch die bisherige gesellschaftliche Tätigkeit ihres Jungen nicht im genügenden Maße bewiesen wurde, daß er über die notwendigen politischen Voraussetzungen zum Besuch der erweiterten Oberschule unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates verfügt.“

Aus einem Bescheid des Rates des Kreises Senftenberg (DDR) vom 19. 2. 1959 über die Reglementierung des Schülers Martin Marquard.

„daß wir Sie nicht einstellen dürfen, da Sie nicht die für die Berufung in ein Beamtenverhältnis notwendige Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin einzutreten.“

Aus einem Bescheid des Bezirksamtes Tempelhof vom 3. 9. 1976 über die Reglementierung des Lehrers Martin Marquard.

(Frankfurter
Rundschau, 27. 11. 76)

(Vorwärts, 2. 2. 78)

JUBILÄUM ! 100 Jahre SPD-Verbot

1878 wurde eine Partei verboten, die die damalige Gesellschaft verändern wollte. 1978 werden ähnliche Überlegungen zu anderen Parteien angestellt.

Ja, es ist schon hundert Jahre her, daß die SPD wegen "gemeingefährlicher Bestrebungen" durch Bismarck verboten wurde. Willkommener Anlaß waren zwei Attentate auf den Kaiser, mit denen Sozialdemokraten aber nicht im geringsten etwas zu tun hatten. Bis 1890 wurden sie durch das Sozialistengesetz offiziell zu "vaterlandslosen Gesellen". Allein in fünf Großstädten wurden 892 Personen mit 1477 Familienmitgliedern ausgewiesen; 154 periodische Druckschriften, 1067 Bücher und Broschüren verboten; in den Jahren 1878/79 wurden aufgrund des Gesetzes und wegen Majestätsbeleidigung 600 Jahre Gefängnis ausgesprochen, bis 1888 weitere 831 Jahre.

Was waren aber die politischen Folgen? Die Wählerstimmen für die Partei waren 1890 dreimal so groß wie 1878, die Zahl der Mandate vervierfachte sich. Bei den Wahlen am 20. 2. 1890 wurde die SPD die stärkste Partei Deutschlands.

Warum heute überhaupt noch an das Sozialistengesetz erinnern? Nun, deutlich wird daran, daß Bücher-, Parteien- und Berufsverbote für Sozialdemokraten nicht neu sind; neu ist allerdings nur, daß die SPD selbst heute solche Verbote ausspricht.

Wie sich doch die Parolen der Verbots-Gesetze der Jahre 1878 und 1978 gleichen: "gemeingefährliche Bestrebungen" damals wie heute. Und wie sich auch die Umstände ähneln: Terroranschläge gaben den Ausschlag und waren willkommener Anlaß, radikale Kritik zu unterdrücken.

Laßt uns wieder zu der SPD zurückkehren, die Willy Brandt 1973 "Die Partei der Freiheit" genannt hat!

Das Mao-Männchen im Hinterkopf

Anlässlich der jüngsten Diskussion um das Jugendzentrum ist auch in unserer Stadt das Problem des politischen Extremismus konkret faßbar geworden.

Nachdem man das Buch:

Wir warn die stärkste der Parteien...

Erfahrungsbericht aus der Welt der K-Gruppen
Rotbuch-Verlag Berlin 1977

gelesen hat, ist man allerdings nicht mehr so schnell bereit, die Mitglieder der K-Gruppen als Chaoten und politische Spinner zu bezeichnen. Man ist eher geneigt, sie als bemitleidenswerte und irreführte Jugendliche, die an unserer bundesrepublikanischen Wohlstandsgesellschaft karutt gegangen sind, zu verstehen.

Dieses Buch ist beklemmend und schockierend. Ehemalige KBW und KPD-Mitglieder berichten anonym über ihre ersten Kontakte, ihre Arbeit und schließlich über ihr Verlassen dieser Parteien.

Die Biographien ähneln sich auf fatale Weise: persönliche Probleme mit Freundschaften, in Schule, Uni und Betrieb und das Bewußtsein, man müsse doch etwas an dieser Gesellschaft verändern, lassen diese Jugendlichen den Halt an eine Organisation suchen, mit der sie sich identifizieren können.

Was sie dort finden, ist aber alles andere als das Gesuchte. Persönliche Probleme existieren für die K-Gruppen nicht, die Politik diktiert das Leben. Alle Menschen und Tätigkeiten werden nur noch unter dem Aspekt der Agitation gesehen. Ununterbrochene Arbeit für die "Vorhut des Proletariats" bestimmt den Sinn des Lebens. Ein völliger Realitätsverlust ist die Folge, der sogar bis zu Verfolgungsängsten und zum Verlust der eigenen Persönlichkeit führt. Die alten Familien- und Freundschaftsbande werden radikal zerschnitten. Popmusik

und Literatur gelten als konterrevolutionär; ab jetzt sind nur noch proletarische Kampflieder und Revolutionsfilme Kultur.

Da berichtet ein Mädchen von den äußeren Parolen zur Gleichberechtigung der Frau und von der internen Unterdrückung der weiblichen Mitglieder. Da schreibt ein ehemaliges Mitglied des KBW über die Praxis des KVZ-Verkaufs (Kommunistische Volkszeitung, Zentralorgan des KBW) und über das Herausbilden einer eigenen Parteisprache. Und ein Anderer kritisiert den Proletarierkult der KPD, die Kadermentalität der Funktionäre und die undemokratische und zentralistische Struktur der Partei. Nach spätestens zwei Jahren erkannten die Verfasser dieser Berichte, daß diese Organisationen weder die Arbeiter organisieren konnten noch in der Lage sein werden unsere Gesellschaft zu verändern.

Ein zweites Buch, das noch früher ansetzt als die Erfahrungsberichte aus den K-Gruppen, ist

Michael "Bommi" Baumann, Wie alles anfing
Frankfurt 1976.

Bommi Paumann gehörte jener frühen Anarchisten-Szene an, aus der später viele Terroristen kamen. Er verfaßte seine Erfahrungsbericht über den politischen Extremismus 1974/75 im Untergrund, von der Polizei gesucht. Am 24.11.1975 wurde dieses Buch gemäß § 88a StGB ("Befürwortung von Gewalt") beschlagnahmt und verboten. Es wird seitdem von Professoren, Schriftstellern und Publizisten erneut herausgebracht.

Bommi schildert seinen Weg vom politisch unzufriedenen Arbeiter über die antiautoritäre Studentenbewegung, von seiner Kommunen- und Haschzeit zu den ersten Stadtguerilla-Aktivitäten. Nach einer längeren Haftzeit tauchte er dann wieder in den Untergrund. Bommi beschreibt den Realitätsverlust der Terroristen, wie Terror zum Selbstzweck wird und schließlich das Scheitern der Gewalt und die Unmöglichkeit, gewaltsam etwas zu verändern.

Will man echte Aufklärung über die Hintergründe des politischen Extremismus erhalten, so sollte man alle wissenschaftlichen Erklärungsversuche zunächst einmal beiseite lassen und diese beiden Bücher von Betroffenen lesen.

Adenauer-Haus
Neue Straße 34
8520 Erlangen
Telefon 09131-26081

RCDS-Freundes- und Fördererkreis e.V. Neue Straße 34 8520 Erlangen

Firma

Dresdner Bank Erlangen
Konto-Nr. 5520800 (BLZ 76080040)
Postscheckamt Nürnberg
Konto-Nr. 91222-853 (BLZ 76010085)

4500 Osnabrueck

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unsere Hochschulen sind die Zentren des Linksradikalismus. Von hier aus lassen sich die gesellschaftlichen Bereiche, seien es Schulen oder Rundfunkanstalten, am leichtesten unterwandern.

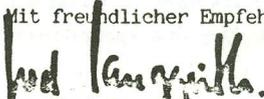
Wir, der RCDS, sind der einzige bedeutende Studentenverband, der sich den Linksradikalen und Kommunisten entgegenstellt. Nur entschiedenes Engagement wird dem Zugriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung standhalten.

Auch wenn viele Studentenvertretungen von Volksfrontkoalitionen gestellt werden, hat der RCDS erheblich an Bedeutung gewonnen. In den letzten drei Jahren konnten wir z. B. unsere Mitgliederzahl verdoppeln. Dies war freilich nur durch intensive Basisarbeit und starken persönlichen Einsatz möglich.

Den linksradikalen Studentenvertretungen stehen jährlich mehrere Millionen Mark für sozialistische und kommunistische Propaganda zur Verfügung. Dieser finanziellen Übermacht kann der RCDS nur begegnen, wenn er aus allen Kreisen der Bevölkerung tatkräftig unterstützt wird. Nur dadurch ist gewährleistet, dass unsere Arbeit auch weiterhin den angestrebten Erfolg hat.

Wir bitten Sie deshalb, unsere Arbeit finanziell zu unterstützen. Vielen Dank für Ihre Hilfe.

Mit freundlicher Empfehlung


Dr. Gerd Langguth
(Vorsitzender der
Bundesvereinigung)

N.B.: Gern stellen wir Ihnen eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus.